

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden  
Verleger: Carl Neubauer  
Königsplatz 10, Dresden  
Telefon: 1111

Bezugspreis: Bei täglich ständiger Bestellung monatlich 3.50 RM. (einschließlich 70 Pf. für Ertragsteuer), bei halbjährlicher Bestellung 17.50 RM. (einschließlich 35 Pf. für Ertragsteuer), bei vierteljährlicher Bestellung 9.00 RM. (einschließlich 17 Pf. für Ertragsteuer). Die Zustellung erfolgt durch den Postboten. Bei Abnahme von 100 Exemplaren wird ein besonderer Preis vereinbart. Bei Abnahme von 500 Exemplaren wird ein besonderer Preis vereinbart. Bei Abnahme von 1000 Exemplaren wird ein besonderer Preis vereinbart. Bei Abnahme von 5000 Exemplaren wird ein besonderer Preis vereinbart. Bei Abnahme von 10000 Exemplaren wird ein besonderer Preis vereinbart.

Druck: Verlag Neudruck & Verlagsdruckerei  
Königsplatz 10, Dresden  
Telefon: 1111

## Sardien legt seine Besprechungen fort

### Englisch-französische Übereinstimmung

Paris, 18. März. Ministerpräsident Tardieu trifft heute vormittag in Paris ein, nachdem er den letzten Tag seines Genfer Aufenthaltes zu einer Reihe von Besprechungen ausnützte, von denen die mit den deutschen Wirtschaftsfachverständigen in den Pariser Blättern besonders hervorgehoben wird.

Man betont noch einmal, daß über die Arbeitsverhältnisse bezüglich der Vorbereitung des Donaubundes zwischen Frankreich und England volle Übereinstimmung erzielt sei, während Italien und Deutschland eine auf alle neun Mächte ausgedehnte Aussprache wünschten, um von vornherein ihre eigenen Interessen geltend zu machen.

In diesem Fall, so schreibt der außenpolitische Bericht-erhalter des „Journal“, würden Deutschland und Italien sofort ihre Beteiligung an einem mitteleuropäischen Wirtschaftsabkommen verlangen. England würde jedoch gezwungen sein, sich gegen eine derartige Einmischung zu wehren, weil es keinen Abkommen, das auf dem Vorkriegsregime beruhe, beitreten könne, ohne energisches Ein- greif der Dominien hervorzuheben. Der „Matin“ erklärt, daß Deutschland vor allem kein dauerhaftes Abkommen wünsche, das geeignet sei, die

nehmbar schieben. Tardieu habe Litwinow schließlich ver- sprachen, die ganze Angelegenheit des Nichtangriffspaktes, die Ruhe für sich auch mit Rumänien und Polen abgeschlossen habe, nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen in Genf nach Östern eingehend zu behandeln.

### Sympathieerklärung des englischen Handelsministers

London, 18. März. Auf einem Frühstück der Vereinigung von Vertretern amerikanischer Zeitungen teilte Handels- minister Runciman nach einer Meldung der „Daily Mail“ mit, daß England den französischen Vorschlägen für die Schaffung eines Donaubundes Sympathie gegen- über bestehe. Es sei bereit, für einige Zeit seine Wehrbegünstigungsrechte gegenüber den Nachfolgestaaten auf- zuheben. Es wolle bei der Wiederaufnahme dessen, was in Mitteleuropa während des Krieges zerstört worden sei, in weitgehendem Maße entgegenkommen. Er deutete ferner an, daß auf der Weltrechtskonferenz von Ottawa möglicher- weise ein großer Plan zur Sprache kommen werde, der die Entwicklung der englischen Kolonien unter Mitwirkung der englischen Dominien vorsehe.

### Nicht Abrüstung, sondern „Rüstungsausgleich“

London, 18. März. Dem soeben beendeten ersten Ab- schnitt der Genfer Abrüstungskonferenz widmet „Times“ einen Leitartikel, in dem es u. a. heißt: Eine der wichtigsten Aufgaben der Genfer Konferenz müsse sein, hinsichtlich der Rüstungen der vormalig feindlichen Länder zwar nicht die zahlenmäßige Gleichheit, wohl aber eine ver- hältnismäßige Gleichheit herzustellen. Wenn bei Schluß der Konferenz Einigkeit über die Rüstungsstärke Deutschlands, Desterreichs, Ungarns und Bulgariens bestehe, dann werde zum mindesten ein wert- volles Ergebnis erzielt sein. Während das Blatt den Tardieu'schen Plan über Bewaffnung des Völkerbundes als gegenwärtig undurchführbar bezeichnet, tritt es für Be- seitigung der Willkürleistungen und Tarifs ein, wodurch, wie es schreibt, die Sicherheit der Nationen vor Angriffen ungeheuer gestärkt werden würde.

### Ergebnis der Reichspräsidentenwahl

Berlin, 18. März. Der Reichswahlprüfungsamt hat heute vormittag das vorläufige Endergebnis der Reichspräsidenten- wahl festgestellt. Insgesamt wurden 37 658 036 gültige Stim- men abgegeben. Davon haben erhalten:

Duesterberg	2 558 000	= 6,8 %
v. Hindenburg	18 654 000	= 49,6 %
Hilfer	11 341 000	= 30,1 %
Hälmann	4 982 000	= 13,2 %
Hinter	111 400	= 0,3 %
Verpflittert	8 622	Stimmen.

Auf Grund dieser Angaben hat der Reichswahlprüfungsamt festgestellt, daß unzweifelhaft keiner der Anwärter mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat und daß Be- denken gegen die Gültigkeit der Wahl nicht bestehen.

### Noch kein Schritt der Memel-Signatarmächte

Berlin, 18. März. (Eig. Drahtmeldung.) Zur großen Enttäuschung der Weimarer Regierung ist der verschiedentlich be- reits aus Genf angekündigte gemeinsame Schritt der Signatarmächte in Rom bis heute noch nicht er- folgt. Auch ist eine gemeinsame Note der litauischen Re- gierung nicht übergeben worden. Man hat neuerdings des- halb den Eindruck, als ob es der litauischen Außenpolitik gelungen sei, die Signatarmächte von ihren bereits gefassten Entschlüssen abzubringen. Freilich verläutet an unterrichteter Stelle, daß es sich nur um eine „technische Verzögerung“ der Kollektivdemarche handele. Es ist nur zu hoffen, daß die deutsche auswärtige Politik nicht abermals durch die Signatarmächte enttäuscht wird und daß dadurch der Freilagerverlust, den Deutschland in Sachen des Memellandes bereits weitgehend erlitten hat, noch vergrößert wird.

### Keine Schuldenverhandlungen Amerikas

Washington, 18. März. Staatssekretär Stimson hat die formelle Erklärung abgegeben, daß die Gerichte, die Regierung der Vereinigten Staaten habe mit den Schuld- verhafteten Verhandlungen über eine Regelung der Schul- den angenommen, vollkommen unbegründet seien. Es ent- spreche auch nicht den Tatsachen, daß derartige Verhand- lungen beabsichtigt seien.

### Wie Klarek entlarvt wurde

Berlin, 18. März. Als erster Zeuge der Freitagver- handlung im Klarekprozeß wird der Revisor, Ober- magistratsrat Brandes, vernommen, der im Sep- tember 1929 den Klarekfall letzten Endes aufdeckte. Am 17. September habe er vom Magistrat den Auftrag erhalten, eine außerordentliche Revision der Girokasse I vorzunehmen. Er sei erschüttert gewesen über die Höhe des Klarekredits und habe Direktor Schmidt gegenüber schwere Bedenken geäußert. Am folgenden Tage brachte Schmidt ein Schreiben der Firma Klarek des Inhalts, daß alle Beiträge, die die Bezirksämter gezahlt haben, restlos an die Stadtbank abgeführt worden sind. Ihm sei aufge- fallen, daß das angebliche Schreiben der Klareks nicht signiert war, und also nicht durch einen Brief an die Direk- toren gelangt sein konnte.

Als die Prozeßbeteiligten nach vorn an den Richtertisch treten, um das Schreiben anzusehen, spricht Leo Klarek auf den Zeugen ein. Der Vorlesende weist ihn außer- ordentlich erregt zurück mit den Worten: „Es ist eine Frech- heit von Ihnen, Leo Klarek, sobald die Auslicht verdeckt wird, mit Zeugen zu sprechen. Wenn das so weitergeht, lasse ich Sie während der Vernehmung des Zeugen abführen.“ — Der Zeuge schildert dann, wie er vom Bezirksamt Spandau ausstellte, daß die bevorstehenden Rechnungen der Klareks singulär sein mußten. Als Fälliger seien selbstverständlich nur die Klareks in Betracht getom- men. „Einer der Stadtbankdirektoren sagte zu mir“, so be- richtet der Zeuge weiter, „ich sollte an meine Familie denken, ich sollte mich nicht unglücklich machen. Die Klareks wür- den gegen mich eine Schadensersatzklage anstrengen.“ Welcher der drei Direktoren es war, wisse er nicht.

## Groener äußert sich zur Severing-Aktion

### „Längst bekannte Tatsachen“

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung  
Berlin, 18. März. Nach all dem, was bisher in Er- lehnung zu bringen ist, scheint jetzt bereits festzustehen, daß die große Aktion der preussischen Regierung gegen die Nationalsozialisten ebenso ausgehen dürfte wie die ver- schiedenen früheren polizeilichen Maßnahmen in Gelsen und Baden. Das preussische Innenministerium steht sich jeden- falls heute noch nicht in der Lage, irgendwelche Auskünfte über das Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen vor- zulegen zu machen. Bemerkenswert und interessant ist in diesem Zusammenhang eine Erklärung, die

### Reichsinnenminister Groener

verbreiten läßt. Groener erklärt, daß der Staatschef der SA, Adolf H., einige Tage vor dem 18. März ihm habe mitteilen lassen, er beabsichtige für den Wahltag die SA ge- schlossen in den dafür vorgesehenen Unterkunftsräumen zu- sammenzuführen. Groener hat, wie er mitteilt, keine Beden- ken gegen eine solche Maßnahme gehabt, zumal er der Ansicht gewesen sei, daß dadurch die Verantwortung der SA-Veitung einwandfrei für den Wahltag fest- gestellt gewesen wäre. Groener ist auch der Meinung, daß der ruhige Verlauf des Wahltages seinen An- schauungen in jeder Beziehung recht gegeben habe. Was die in den letzten Tagen verbreiteten Presseberichte über eine Mobilisierung der SA und angebliche Putschmeldungen angehe, so handele es sich dabei, so erklärt Groener, zum Teil um

### alte, bereits längst bekannte Nachrichten.

Somit es sich um neue Daten handele, habe er sofort scharfe Nachprüfung angeordnet. Er beobachte die NSDAP. dauernd sorgfältig und unterziehe jede Nachricht, die über sie einge- he, einer Nachprüfung. Er habe Severing gebeten, ihm doch schweigend das von der Polizei jetzt gesandene Material zu- rückzugeben zu machen. Groener schließt seine Erklärung mit dem Hinweis, daß er sich nach Prüfung des Materials weitere Beschlüsse vorbehalten.

Gleichzeitig wird aus den Kreisen des Reichsinnen- ministeriums darauf hingewiesen, daß es wenig opportun sei, die Nachrichten über die SA in so nervöser und sensationeller Form anzumachen. Diese Warnung richtet sich zweifellos gegen gewisse Linksorgane,

die sich ohne Rücksicht darauf, welche Folgen sensationelle Mitteilungen über eine „rotbraune Armee“ und deren

Bewaffnung angesichts der Abrüstungskonferenz im Ausland haben könnten, in der Verbreitung der wildesten Klammern ergehen. In politischen Kreisen wird das nervöse Vorgehen Severings als

### ein Zeichen der großen Schwäche der preussischen Regierung

angesehen, die vor ihren Anhängern angesichts der bevor- stehenden Preussenvahlen kampflos den Verlust macht, noch ein letztes Mal den starken Mann zu spielen, ehe sie im nächsten Monat endgültig abtritt.

### Die Legalität der NSDAP.

München, 18. März. Adolf Hilfer veröffentlicht im „Völkischen Beobachter“ einen Aufruf, in dem er unter Hinweis auf die Handlungen in Preußen auffordert, sich durch nichts zu einer Ungesetzlichkeit provozieren zu lassen, aber mit dem letzten Fanatismus im Sinne der nunmehr zu neubenden Richtlinien zu arbeiten. — In einer Anord- nung der Parteileitung werden alle betroffenen Stellen der NSDAP. aufgefordert, sofort über das Vorgehen der preussischen Polizei und die hierbei unterlaufenen Ungefä- hrlichkeiten Bericht zu erhalten an den Leiter der Rechts- abteilung der NSDAP., Dr. Frank II, München.

## Notverordnung über die Biersteuersenkung

### Inkrafttreten am 20. März

Berlin, 18. März. Die Notverordnung über die Senkung der Biersteuer wird nach einer Meldung Ber- liner Blätter wahrscheinlich heute Freitag veröffentlicht werden, so daß sie bereits am 20. März in Kraft treten kann.

Die Senkung wird für alle Staffeln der Reichsbier- steuer 3 RM. ausmachen. Diese Senkung bringt bei ver- schiedener Höhe der Reichsbiersteuer je nach der Menge der Erzeugung der einzelnen Betriebe für die kleinsten Betriebe eine Entlastung von 32 v. H. der Reichs-

biersteuer, für die größten Betriebe eine Entlastung von 25 v. H. Bei der Gemeindebiersteuer soll eine Senkung um 40 v. H. eintreten, aber nicht unter 4 RM. An der Entschädigung der Gemeinden für den Biersteuerausfall in Höhe von 28 Millionen ist festgehalten worden. Die Ermäßigung der Biersteuer beginnt am 20. März, Stichtag für die Steuerfälligkeit, die um einen bestimmten Prozentsatz herabgesetzt werden. In der 19. März. Gleichzeitig wird die Monopolausgabe für Branntwein von 400 auf 250 RM. je Hektoliter Wein- geist herabgesetzt. Dadurch wird der Trinkpreis von 600 auf 400 RM. je Hektoliter Weingeist im Preise ermäßigt.

1932  
2!  
bel  
bel  
ald  
19  
elefor  
brjäger  
88012  
e  
wesch.  
5 00  
an  
lich  
70  
5.90  
6.30  
7.75  
3.00  
1.70  
utel  
lgan  
reial  
nften  
herge-  
schen  
h heute  
techn.  
v. 25241  
ardt  
v. 38 42  
A